

LESERBRIEF

*„Querulanten
in Selbsthilfe“*

Zum Artikel „Steuerliche Grauzone: Das Aus der Seniorengemeinschaft ist besiegelt“ erreichte die Redaktion folgender Leserbrief:

Der deutsche Bürokratismus hat es wieder einmal geschafft, die wunderbare uneigennützige Einrichtung einer Selbsthilfeorganisation alter Menschen, abzuwürgen. Es ist ja auch hochgefährlich, wenn sich eine Armee von Achtzig- oder Neunzigjährigen erdreistet, etwas zu unternehmen, wofür der soziale Staat eigentlich zuständig ist. Schon nach 15 Jahren des schändlichen Betreibens dieser Organisation, ist die Staatsmacht Bürokratie aufgewacht, um den Oldies ihr Steuer und Abgaben hinterziehendes Handwerk zu legen.

Wo kämen wir auch hin, wenn sich solche staatsfinanzstörenden Organisationen überall breitmachen würden. Unser Staat ist auf jeden Cent angewiesen, um den bedürftigen Präsidenten in aller Welt Entwicklungshilfe anzubieten. Er kann sich solche Querulanten in Selbsthilfe nicht mehr leisten.

Vertreiben wir doch einfach die, die solche abstruse Ansichten haben. Die sich anmaßen, dass Nächstenliebe, Hilfsbereitschaft und nachbarschaftliche Dienste als eine Möglichkeit sehen, im Alter zusammenzuleben. Mit der Seniorengemeinschaft Kronach hat man es schon fast geschafft.

Politiker, Gesetzgeber, Juristen, Behörden sind auf dem besten Weg, den letzten Funken Gemeinsinn auszutreiben und der berühmten deutschen Bürokratie das Tor noch weiter zu öffnen. Wo sind sie denn, unsere Politiker? Wo bleiben sie denn, die vor Wahlen versprechen, alles zu tun zum Wohle des Volkes?

Ausnahme-Frauen wie Bianka Kilian-Fischer findet man nur ganz selten. Sie sind die wunderbaren Blüten im Gestrüpp menschengemachter Unsinnigkeit. Für die Alten und Kranken, für die, die ihr Leben einfach nicht mehr alleine schaffen, sind sie Segen und Engel zugleich. Für Organisationen wie die Seniorengemeinschaft Kronach sollten Gesetze angepasst und Fördermöglichkeiten entwickelt werden, bevor man Maßnahmen erfindet, die für diesen Personenkreis kaum bezahlbar sind. Passen wir unsere Gesetze den Problemen an und nicht umgekehrt.

Otmar Adler, Nordhalben